

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 22. Oktober 2024
Kantonsratspräsident Zehnder Ferdinand

A 277 Anfrage Pardini Gianluca und Mit. über den gescheiterten Verkauf der Höhenklinik Montana / Gesundheits- und Sozialdepartement i. V. mit Finanzdepartement

Die Anfrage A 277 wurde auf die Oktober-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden. Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 113 zu 0 Stimmen zu. Gianluca Pardini ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Gianluca Pardini: Vielleicht gehört es zur spannenden Geschichte der Luzerner Höhenklinik Montana (LHM), dass ein weiteres Kapitel mit dem Titel «Eine Anleitung zum Scheitern» aufgeschlagen wird, nachdem der schwierige Verkauf nicht stattfinden wird. Die SP-Fraktion hat schon damals den geheim aufgelegten Verkaufsvertrag kritisiert. Jetzt gilt es, in diesem Prozess volle Transparenz zu schaffen. Mit unserer Anfrage wollten wir wissen, wie wirklich unerwartet dieser Deal gescheitert ist und welche Handlungsmöglichkeiten nicht ausgeschöpft wurden. Offensichtlich haben sich die Ereignisse im August 2024 innerhalb von 24 Stunden überschlagen. Entschuldigen Sie, aber entweder war es wirklich Zufall, aber auch das vermag die Abfolge der Ereignisse nicht weniger unglaubwürdig erscheinen. Wir wollen auch keine falschen Anschuldigungen machen, denn dafür ist hier der falsche Ort. Wir sind aber mit der Antwort nicht nur nicht zufrieden, sondern wir überlegen uns ernsthaft, eine weitere Anfrage zu stellen oder andere Massnahmen aufzugleisen, weil die Antwort der Regierung ebenso viele neue Fragen aufwirft. Wir haben uns beispielsweise gefragt, wie bei dieser Summe der Verkaufsvertrag nicht mit entsprechenden Rücktrittsrechten oder Rücktrittsregelungen versehen wurde. Oder ist es einfach Courant normal, dass sich der Kanton Luzern von einer privaten Vertragspartnerin derart leicht in die Knie zwingen lässt, obwohl die Bedingungen klar waren, zumal auch die Zwei-Jahres-Garantie des weiteren Betriebs erfüllt war? Wir haben uns zudem gefragt, was mit dem gegenseitigen Einvernehmen für Vertragsauflösungen gemeint ist, wenn der Grundstücks- oder Aktienverkaufsvertrag bereits rechtskräftig unterzeichnet wurde. Wie kann es dazu kommen, dass keine Entschädigungsprämien für den Kanton vereinbart wurden, falls der Verkaufsvertrag vorzeitig aufgekündigt werden sollte? Wieso hat der Kanton Luzern im Gegensatz zum Zwang als Option keine anderen Instrumente wie beispielsweise ein Schiedsgerichtsverfahren genutzt? Die Antwort der Regierung suggeriert, als würde es entweder nur 1 oder nichts geben. Vor allem wäre für uns zumindest klar gewesen, dass der Betrieb für zwei Jahre gesichert gewesen wäre, auch wenn man dazu andere Mittel in die

Hand hätte nehmen müssen. Auch die LHM wäre weiterhin auf der Spitalliste verblieben, wenn man den Ausführungen des Kantonsratsbeschlusses wirklich Glauben schenken will. Gerade über den letzten Punkt sind wir sehr irritiert. In der Botschaft stand, dass die Verträge mit der Käuferin unterschrieben seien und unter Vorbehalt des Entscheids des Kantonsrates der Kauf respektive die Entwidmung der Grundstücke vollzogen werde. Die Frage, ob dem Kantonsrat die ihm ausreichenden und notwendigen Informationsgrundlagen zu diesem Geschäft vorlagen, wird in der Antwort der Regierung einfach ignoriert. Ich persönlich finde, dass es sich schon fast um einen schlechten Stil handelt. Wir sind aber auch verunsichert. Inwiefern können wir als Kantonsrat künftig sicher sein, dass die in diesem Rat gefällten Entscheide auch wirklich zum Tragen kommen respektive unser Rat über die vollständigen Grundlagen zur Entscheidungsfindung verfügt? Ich stelle mir vor, dass das Ganze für die Mitarbeitenden der LHM eine regelrechte Achterbahnfahrt ist. Auch wenn das Personal im aktuellen Umfeld wahrscheinlich schneller zu einer Arbeitsstelle kommen könnte, als wir glauben, so muss man sich auch gegenüber dem Personal verantwortlich zeigen und für einen respektvollen Umgang besorgt sein. Was wir nicht brauchen können, ist eine abrupte Kündigungswelle. Wir fordern, dass in dieser Sache in den nächsten Wochen und Monaten schnell Klarheit geschaffen wird. Wie geht es also weiter mit der LHM? Die SP-Fraktion ist auf das nächste Kapitel gespannt. Wir hoffen aber, dass die Sozialpartner rechtzeitig hinzugezogen werden, bevor ein Schliessungsentscheid hinter geschlossenen Türen gefällt wird.

Bernhard Steiner: Das grosse und unendliche Verkaufstheater um die LHM geht in den nächsten Akt, und das Theaterstück wird spontan und scheinbar unerwartet umgeschrieben. Was als kluger und wohlüberlegter Verkaufsakt angekündigt wurde, endet trotz eines Discountpreises mit Schulterzucken und der Erkenntnis: Ausser Spesen nichts gewesen. Der schwierige wirtschaftliche Kontext, die nicht kostendeckenden Tarife und höhere Löhne werden wie immer als Allerwelts-Ausreden herbeigezogen. Das alles hat sich selbstverständlich erst in den vergangenen Monaten absolut unerwartet akzentuiert. Es tönt fast so, als hätten die LHM und die kantonalen Grundstücke ihren Wert quasi über Nacht verloren. Für die Patientinnen und Patienten und die Mitarbeitenden ändert sich bis auf Weiteres nichts, was im Verwaltungsdeutsch so viel bedeutet wie: Wir wissen selbst nicht, wie es weitergeht. Während hinter den Kulissen verschiedene Szenarien geprüft werden, was meistens ein Ausdruck von Ratlosigkeit ist, bleibt die LHM vorerst unter der Obhut der LUKS-Gruppe, als wäre nichts geschehen. Das ist ein klassischer Fall von «Weiterwursteln, bis jemand eine bessere Idee hat». Vielleicht sollten wir uns entspannen, denn schliesslich gehört die LHM immer noch dem Kanton. Wie sagt man so schön? Eigentum verpflichtet. Die Chance, dass die beiden Grundstücke nicht mehr verschenkt, sondern endlich zu einem geschätzten Marktpreis von mindestens 19 Millionen Franken verkauft werden können, besteht immer noch. Der Verkaufspreis könnte aber auch deutlich steigen, je nachdem, wie sich die Investitionen des amerikanischen Grossinvestors «Vail Resorts» in Crans Montana auswirken werden. Es bleibt also spannend, aber eines ist sicher: Der letzte Akt in diesem Trauerspiel ist mit grosser Wahrscheinlichkeit noch nicht geschrieben.

Gian Waldvogel: Die Grüne Fraktion nimmt mit Bedauern zur Kenntnis, dass der Verkauf der LHM auf den letzten Metern gescheitert ist. Wir haben diesem Verkauf im Vertrauen darauf zugestimmt, dass damit eine zukunftsfähige Lösung für den Weiterbetrieb der LHM sichergestellt ist. Besonders für das Personal sind der gescheiterte Verkauf und die langwierige Geschichte eine grosse Belastung. Stand heute bleibt die Zukunft der LHM unsicher. Für die Grüne Fraktion ist es eine ungesunde Entwicklung, wenn unser Rat nicht darauf vertrauen kann, dass ein genehmigter Verkauf nicht auch tatsächlich vollzogen werden

kann. Die Antwort der Regierung wirft weitere Fragen auf. Wir fragen uns beispielsweise, weshalb der Verkauf nicht mit Entschädigungszahlungen abgesichert wurde. Das stimmt nachdenklich, zumal ja bekannt ist, dass der Verkauf nicht zum ersten Mal relativ kurzfristig gescheitert ist. Das ist auch aus der Botschaft ersichtlich. In der Botschaft über den Verkauf steht zudem: «Der definitive Kaufpreis wird analog auf Basis des revidierten Quartalsabschlusses der LHM AG des letzten Quartals vor dem Vollzug bestimmt.» Man kann sich auch fragen, ob nicht versucht wurde, einen anderen Kaufpreis auszuhandeln, um die Veräusserung letztlich doch vollziehen zu können. Wir sind zudem der Meinung, dass die Regierung die Swiss Medical Network SA (SMN) etwas gar einfach aus ihrer Zusage entlassen hat. So hätte man versuchen können, zumindest einen Teil des entstandenen Schadens juristisch einzufordern. Zum jetzigen Zeitpunkt und mit dem Fokus auf das Personal scheint es uns sehr wichtig, dass nun das weitere Vorgehen transparent festgehalten wird. Die vereinbarte Besitzstandswahrung sollte unserer Meinung nach weiterhin hochgehalten werden, auch wenn die LUKS-Gruppe weiterhin Eigentümerin ist.

Sabine Wermelinger: Die FDP-Fraktion bedauert es, dass der Verkauf nicht zustande gekommen ist. Die Chancen für einen Verkauf unter den ausgehandelten Bedingungen, die unserer Bevölkerung und dem Personal zugutegekommen wären, haben wir als einmalig eingeschätzt. Die momentane Situation ist ernüchternd und dürfte insbesondere für das Personal erneut belastend sein. Nach einem Moment des Innehaltens und einer Analyse muss sobald wie möglich Klarheit über das weitere Schicksal der LHM geschaffen werden. Die Antwort der Regierung zeigt die Komplexität des geplatzten Verkaufs auf. Beide Vertragsparteien waren nochmals in Parteien respektive Mutter- und Tochtergesellschaft aufgeteilt. Aus verschiedenen Gründen ist eine zumindest teilweise Vertraulichkeit der Verhandlungen im Interesse der Vertragsparteien. Für die FDP-Fraktion gibt es gute Gründe, die restliche Aufarbeitung des geplatzten Deals in den zuständigen Kommissionen gründlich fortzusetzen. Der Verkauf oder eben Nichtverkauf der LHM hat aufgrund der nötigen politischen Prozesse einige Zeit oder in diesem konkreten Fall möglicherweise zu viel Zeit in Anspruch genommen. Der Kantonsrat hat das Spitalgesetz geändert und die LHM nicht mehr darin aufgeführt. Die Grundstücke werden neu im Finanzvermögen aufgeführt. Der Kantonsratsbeschluss gilt zwar explizit für den Verkauf an die besagte Firma, aber die Grundstücke sind nun entwidmet. Der geplante Verkauf war mit viel Aufwand verbunden, aber wenigstens kann zu gegebener Zeit bei anderer Gelegenheit schneller gehandelt werden. Gerne lassen wir uns aber über diese Möglichkeiten in der Kommission näher informieren. Es wäre interessant zu wissen, welche Lehren aus diesem Fall gezogen wurden. Für die FDP-Fraktion heisst es nun, tief durchatmen und nach vorn schauen.

Riccarda Schaller: Die GLP-Fraktion ist ebenfalls sprachlos. Der geplatzte Deal hinterlässt viele Fragen, und die vorliegende Antwort der Regierung führt zu weiteren Fragen. Wir bedauern es, dass der Verkauf nicht zustande gekommen ist, besonders für die Mitarbeitenden, die wahrscheinlich froh über die greifbare Lösung waren. Anscheinend haben bei diesem Verkauf seitens des Kantons wichtige Absicherungen gefehlt, wie etwa eine Rücktrittsklausel. Es erstaunt mich, dass die wirtschaftliche Entwicklung der Spitäler insgesamt einer der Gründe ist, weshalb der Verkauf im letzten Moment geplatzt ist. Ich gehe davon aus, dass wir in der Kommission noch darüber diskutieren können, bin aber froh, wenn die Regierung transparent informiert. Es ist vor allem wichtig, klare Antworten über das weitere Vorgehen zu erhalten, vor allem für die Angestellten der LHM.

Stephan Schärli: Es ist eine unschöne Geschichte. Meiner Meinung nach ist die Antwort des Regierungsrates gut. Es ist wichtig zu erwähnen, dass die Verhandlungen durch die LUKS-Gruppe geführt wurden und nicht durch den Eigner. Es ist wichtig für uns alle, dass in

der Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit (GASK) eine Aufarbeitung erfolgt und wir zeitnah darüber informiert wurden. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass sowohl die GASK als auch die Kommission Verkehr und Bau (VBK) im August und September informiert wurden. Die notwendigen Informationen lagen uns also vor.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektorin Michaela Tschuor.

Michaela Tschuor: Erlauben Sie mir eine kurze Einleitung: Ich kann Ihre Enttäuschung nachvollziehen. Auch die Luzerner Regierung war davon überzeugt, dass dieses Verkaufsgeschäft, das aus zwei Paketen bestand, nämlich dem Grundstücksverkauf durch den Kanton und dem Aktienverkauf durch das LUKS, eine gute Sache für die LHM und den Kanton ist. Wir gingen davon aus, dass der Verkauf der LHM an die SMN etwas Gutes ist. Es hat auch die Regierung befremdet, wenn nicht sogar zu negativen Emotionen geführt, dass dieses Geschäft nun bedauerlicherweise nicht zustande gekommen ist. Wir haben diverse Stunden miteinander diskutiert, nicht nur die Regierung, sondern auch der Verwaltungsrat des LUKS, der für den Verkauf des Aktienkapitals zuständig ist. Aus diesem Grund möchte ich Ihnen einige zusätzliche Informationen liefern, die vielleicht dabei helfen, etwas mehr Licht ins Dunkel zu bringen, aber immer mit dem Hinweis, dass im Hintergrund Vertragsverhandlungen mit der SMN standen. Das Spitalwesen befindet sich in einer generell schwierigen wirtschaftlichen Situation. Diese schwierige wirtschaftliche Situation hat sich in den letzten Monaten seit der Vertragsunterzeichnung bis zum geplanten Vollzug verschlechtert. In welchen Punkten? Zu nennen sind die Teuerung und die höheren Personalkosten, aber auch der Fachkräftemangel sowie die Tarife im Spitalwesen. Ein grosser Gamechanger kommt hinzu. Vielleicht erinnern Sie sich an die Situation des Spitals Wetzikon. Man kann sagen, dass das mit dem Kanton Luzern wenig zu tun hat. Indirekt ja, aber direkt eben schon. Der Fall des Spitals Wetzikon hat eine Art Schockwelle ausgelöst und führte dazu, dass es immer schwieriger wird, Kapital für die Finanzierung von Spitälern zu erhalten. Zwischen Signing und Closing, wie das im Juristendeutsch heisst, war eine grosse Zeitspanne, in der auch dieses Ereignis erfolgte. Parallel dazu haben sich die Luzerner Patientenzahlen an der LHM in den Wochen zwischen Signing und Closing nochmals verschlechtert und sind gesunken. Das hat bei der SMN dazu geführt, dass sie für den Betrieb der LHM keine wirtschaftlich tragfähige Perspektive mehr gesehen hat. Deshalb ist sie mit dem LUKS in Verhandlung getreten, und man hat versucht, gemeinsam eine Lösung zu finden, wie der Vertrag im gegenseitigen Vernehmen aufgelöst werden kann. Sie haben heute zu Recht die Frage gestellt, ob keine Konventionalstrafe vorgesehen war und welche vertraglichen Klauseln vorlagen. Sie mögen mir verzeihen, dass ich hier nicht im Detail über vertragliche Klauseln sprechen kann. Ich darf Ihnen aber sagen, dass sowohl das LUKS als auch der Regierungsrat entsprechende Klauseln in den Verträgen vorgesehen hatten. Rechtlich gesehen hätten sowohl der Kanton wie auch das LUKS die Möglichkeit gehabt, auf dem Vollzug zu beharren. Aber was bringt es, wenn man eine Käuferin hat, die diesen Verkaufsgegenstand partout nicht mehr möchte? Mit Blick auf die Risiken eines langjährigen Rechtsstreits und mit Blick auf das Personal in Montana und der Verantwortung des LUKS gegenüber dem Personal haben sich der LUKS-Verwaltungsrat und die SMN entschieden, im gegenseitigen Einvernehmen vom Vertrag Abstand zu nehmen. Was hat das für den Kanton zur Folge? Das Grundstück ist Eigentum des Kantons. Dafür war der Regierungsrat zuständig. Die Klinik ist Eigentum des LUKS. Für diesen Verkauf war der LUKS-Verwaltungsrat zuständig. Wie sah die Informationspolitik aus? Ich gebe zu, die war anspruchsvoll. Es war eng getaktet. Über die Herbstferien hat es sich gezeigt, wie stark die Eskalation ist. Vor den Herbstferien konnten wir verschiedene Kommissionen kurz und knapp informieren und den uns vorliegenden Wissensstand vermitteln. Das war zum einen die VBK, die durch den

Finanzdirektor informiert wurde. Zum anderen wurde die GASK durch den CEO des LUKS, Benno Fuchs, informiert. Ich habe in einer letzten GASK-Sitzung vor den Ferien nochmals kurz auf die sehr schwierigen Verhandlungen des LUKS mit der SMN hingewiesen. Ich möchte zudem auf etwas hinweisen, das meiner Meinung nach nicht ganz korrekt wiedergegeben wurde. Die LHM steht nach wie vor auf der Spitalliste des Kantons Luzern. Sie stand in der Vergangenheit auf der Spitalliste und wird es auch weiterhin tun, solange es sie gibt. Wie geht es nun weiter? Der LUKS-Verwaltungsrat wird eine Taskforce einberufen, um die im Raum stehenden Varianten zu prüfen. Ich möchte auch hier sehr offen und transparent informieren. Wir sprechen von drei Varianten: die Variante Weiterführung der Klinik im Bewusstsein, dass sie im Moment nicht wirtschaftlich ist und dass die Luzernerinnen und Luzerner die LHM nicht wie in den vergangenen 25 Jahren regelmässig aufsuchen sowie dass es für das LUKS finanziell anspruchsvoll sein wird, die LHM weiterzuführen. Das heisst also: Findet man eine neue Käuferschaft? Führt das LUKS die LHM weiter? Wir müssen aber auch über die Variante einer Schliessung diskutieren. Diese drei Optionen stehen im Raum. Die Taskforce wird diese Optionen analysieren und mit der Regierung spiegeln. Ich weise nochmals darauf hin, dass die Regierung dieser Taskforce nicht angehört. Das LHM-Aktienpaket ist Aufgabe und in der Kompetenz des LUKS-Verwaltungsrates. Diesbezüglich appelliere ich an die Verantwortung des Verwaltungsrates. Die Regierung wird durch das LUKS engmaschig über die Verhandlungen und Varianten informiert. Zur Frage von Gianluca Pardini, ob die Sozialpartner frühzeitig involviert werden: Ja, das werden sie, das haben wir versprochen, sollte es tatsächlich in Richtung Schliessung gehen. Es ist mir sehr wichtig zu betonen, dass ich nach der medialen Berichterstattung sehr viele Zuschriften von Mitarbeitenden oder ehemaligen Patientinnen und Patienten erhalten habe. Deshalb möchte ich nochmals ins Feld führen, dass die LHM hervorragende Arbeit leistet. Es geht nicht darum, dass sie nicht adäquat oder die medizinische Versorgung nicht gut ist. Es ist eine hervorragende Klinik mit hervorragenden Mitarbeitenden, die sich tagtäglich für eine gute Rehabilitation einsetzen. Die Frage, die wir uns in Luzern schon seit über zwölf Jahren stellen, lautet: Ist diese Klinik für den Kanton Luzern versorgungsrelevant? Der Grund, weshalb wir sie verkaufen wollten, war, dass die Antwort nein lautete. Die LHM ist für den Kanton Luzern nicht mehr versorgungsrelevant, weil die Patientenzahlen aus Luzern gesunken sind und weiter sinken. Möglicherweise ist die LHM aber für andere Kantone oder Regionen versorgungsrelevant. Der Kanton Luzern kann die Reha-Plätze, die durch den Verkauf wegfallen würden, sehr wohl im eigenen Kanton sicherstellen. Wir stellen fest, dass die Patientinnen und Patienten eine wohnortnahe Reha bevorzugen. Es geht nicht darum, die Qualität der LHM oder die Arbeit der Mitarbeitenden infrage zu stellen, sondern nur um die Bedeutung, die die LHM für den Kanton Luzern hat. An dieser Stelle bedanke ich mich bei allen Mitarbeitenden, die sich tagtäglich für die LHM einsetzen. Sie leisten hervorragende Arbeit, und wir werden uns mit ihnen gemeinsam auf den Weg machen, um eine funktionierende Lösung zu finden. Dazu benötigen wir Zeit, Geduld und starke Nerven, dessen bin ich mir bewusst. Ich hoffe, dass wir Sie zeitnah über das weitere Vorgehen informieren können.